

Imprint



Borderland

Europa als Grenze und die »Herausforderung der Migration«.
Von Etienne Balibar

Angesichts der Gewaltsamkeit und Obszönität der Bilder, die uns erreichen, seitdem der Zustrom der Geflüchteten in diesem Sommer (Der Text wurde im August 2015 verfasst; Anmerkung der Redaktion) seine Dimension verändert hat, stellt man sich als Franzose die Frage, warum Merkel besser darüber spricht als Hollande und auch Sigmar Gabriel besser als Manuel Valls. Warum verhält sich Deutschland sowohl würdiger und auch wirksamer als Frankreich – um gar nicht erst auf England oder Ungarn zu sprechen zu kommen? Ohne Zweifel, weil Deutschland langfristig Bedarf an einem Zustrom von Migranten und Migrantinnen hat, wie ihn Frankreich nicht hat (oder zumindest nicht zu haben glaubt). Zweifellos aber auch, weil die Deutschen in ihrer Mehrheit aus der Zeit des Faschismus und des kalten Krieges Lehren gezogen haben, wie sie die Franzosen immer noch nicht aus ihrer Kolonialgeschichte und deren neokolonialer Fortsetzung gezogen haben.

Aber alles das berührt die Frage, vor der wir heute ganz unausweichlich stehen, allenfalls nur oberflächlich: die Frage nämlich, welches Verhältnis zwischen dem Aufbau und (und dem Abbau) Europas und der neuen Realität von Bevölkerungsbebewegungen besteht, die auf die Katastrophen zurückgehen, zu denen der allgemein gewordene Terrorismus (einschließlich des Staatsterrorismus) und die völlig unregelte, wil-

de Globalisierung im Raum um das gesamte Mittelmeer geführt haben. Es wird daher nötig sein, sich noch einmal mit den strukturellen Gegebenheiten dieser Lage zu befassen, um ermessen zu können, welche Veränderungen inzwischen eingetreten sind – und damit dann auf neuen Grundlagen der Frage nachzugehen, was Politik unter diesen Umständen überhaupt noch machen kann.

Zehntausende von Migranten – also Männer, Frauen und Kinder –, die aus Afrika und dem Nahen Osten (insbesondere aus Syrien) kommen, sind gegenwärtig dabei, die Systeme zu überfluten, welche die europäischen Länder (zunächst einmal die Anrainerstaaten des Mittelmeeres, dann aber auch andere Staaten, immer weiter nach Norden) zu ihrer Kontrolle und Aufnahme eingerichtet haben. Diesen Menschen wird »Lösegeld« abgenommen, sie werden deportiert und in Übergangslagern gleichsam »abgestellt« beziehungsweise im *no man's land* von Hafenzonen oder auch Eisenbahnstationen sich selbst überlassen, gelegentlich auch von Maschinengewehren erschossen oder auch einfach mit ihrem Seelenverkäuferschiff versenkt. Sie sterben oder scheitern an dem einen oder dem anderen Hindernis – aber sie bleiben entschlossen dabei, weiterkommen zu wollen – und von nun an sind sie eben da. Was werden wir mit dieser Lage anfangen? Und was ma-

Plaintexture/Ingrid Michel

chen eigentlich die Regierungen, wo es doch nicht mehr allein die Aktivistinnen und Aktivistinnen von Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte sind oder auch die Verantwortlichen der kommunalen Verwaltungen, denen die Registrierung und die Notversorgung dieser MigrantInnen obliegt, sondern auch einige durchaus bedeutende europäische Amtsinhaber, die von der größten Fluchtwellen und der größten Anhäufung von Elend sprechen, die auf diesem Kontinent seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgetreten ist? Ganz schlicht und einfach: Sie rollen ganze Kilometer von Stacheldraht aus. Sie schicken Armee und Polizei los, um diese »unzustellbare Sendung«, die einfach niemand haben will, auf das Territorium ihrer Nachbarn zurückzudrängen, während sie gleichzeitig weitere »Konzertationen« ankündigen und zu »pragmatischen« Lösungen auffordern. (1)

Diese Regierungen sagen alle, es handele sich um ein »europäisches« Problem. Wenn dann aber der Präsident der europäischen Kommission die Mitgliedstaaten dazu auffordert, sich über Quoten zur Verteilung der Geflüchteten gemäß der Bevölkerungsgröße und entsprechend ihrer verfügbaren Ressourcen zu verständigen, dann weisen sie alle (oder zu mindest fast alle) diese Aufforderung von sich und finden dafür auch ganz unterschiedliche Argumente. Damit enthüllt Europa, was es inzwischen geworden ist – mit Zustimmung oder unter dem direkten Druck eines Teils seiner Bürgerinnen und Bürger, aber auch gegen das tiefstehende Gefühl sehr vieler anderer: nämlich eine Koalition von Egoismen, welche miteinander darum wetteifern, wer in Sachen Xenophobie die Krone davonträgt

Es ist daher hier keineswegs übertrieben, angesichts dieses Verhaltens von »Würdelosigkeit« zu sprechen. (2) 500 Millionen Europäer, welche doch »reich« sind (wenn auch auf sehr ungleiche verteilte Weise), wollen 500 000 Geflüchtete (oder auch noch zehnmal mehr) nicht aufnehmen, die an ihr Tor klopfen. Dazu kommt noch, dass diese Unglücklichen vor Massakern, Bürgerkriegen, Folterregimen oder auch vor Hungersnöten fliehen, deren Fluchtursachen gewiss vielfältig sind und für die die Verantwortlichkeiten sicherlich breit verteilt sind. Aber wer würde wohl zu behaupten wagen, Europa hätte damit überhaupt nichts zu tun – längerfristig betrachtet ebenso wie im Hinblick auf seine in jüngster Zeit verfolgten Politiken, ganz gleich

ob es sich dabei nun um zynische diplomatische Bündnisse, um Militärinterventionen ohne jede Zukunftsperspektive (gelegentlich auch ohne jegliche Legitimität) oder auch um den beständigen Fluss seiner Waffenverkäufe handelt? Nun ist aber die kollektive Würdelosigkeit eine Form der Selbstzerstörung. Unablässig zu wiederholen, die moralischen Grundlagen für den Aufbau Europas – und geradezu dessen spezifisches Merkmal (im Gegensatz zum Osten oder zum Süden) – liege eben im Eintreten für die Menschenrechte, zugleich ihnen aber unaufhörlich jegliche Verbindlichkeit zu bestreiten, stellt wohl einen der allersichersten Wege für eine politische Institution dar, jegliche Legitimität zu verlieren. Und diese Würdelosigkeit wird nun nicht einmal, wie das oft geschieht, durch irgendeinen Zugewinn an Sicherheit oder an ökonomischen Vorteilen (3) kompensiert. Ganz im Gegenteil treibt diese Würdelosigkeit gegenwärtig die Europäische Union langsam aber sicher in Richtung des Zusammenbruchs eines »Grundpfeilers« ihres Gemeinschaftsaufbaus – nämlich des *Systems von Schengen*, durch das im europäischen Raum wechselseitig die Grenzen geöffnet und eine vereinheitlichte Personenkontrolle bei Betreten und Verlassen dieses Raumes eingeführt worden ist.

Nichts von alledem war unvorhersehbar. Ganz im Gegenteil haben

Nichts von alledem war unvorhersehbar. Ganz im Gegenteil haben sich dieses »Drama« und diese »Herausforderung« schon seit Monaten vorbereitet, eigentlich sogar schon seit Jahren.

sich dieses »Drama« und diese »Herausforderung« schon seit Monaten vorbereitet, eigentlich sogar schon seit Jahren. Und Zeitzeugen ebenso wie Analytiker haben die ganze Zeit schon angeprangert, wie diese Lage durch Politiken eines gewollten Sichtsblind-Stellens oder auch der Anbiederung an eine öffentliche Meinung immer weiter verschärft worden ist, der man schlichtweg unterstellt hat, dass sie gegenüber einer Aufnahme des »Elends der Welt« ganz allgemein feindselig eingestellt sei.

Ganz allein schon den Namen von Lampedusa auszusprechen, sagt eigentlich alles. (4) Aber dabei ist zugleich zu einem Effekt des Übermaßes gekommen: Dieser macht es für

uns erkennbar, dass wir gleichsam in eine neue Ära eingetreten sind, so dass Begriffe wie »Migrationen«, »Grenzen«, »Territorium« und »Bevölkerung«, mitsamt den politischen Kategorien, die sich auf ihrer Grundlage konstruieren lassen, ihre Bedeutung völlig verändert haben. Aus diesem Grunde kann man sie nicht weiterhin so verwenden, wie man das getan hat. In diesem Punkt, ebenso wie in einigen anderen (nämlich der Währung, der (Staats-)Bürgerinnen-schaft und der Arbeit), kann man heute sagen, dass Europa sich entweder dadurch selber erschaffen wird, dass es seine Weltsicht und seine Wahn auf den (Staats-)Bürgerinnen-schaftsmodells geradezu *revolutionär verändert*, oder aber *sich selbst zerstören* wird, indem es die Realitäten verleugnet und krampfhaft an Fettschen aus der Vergangenheit festhält. Welche Konsequenzen wir aus dieser Feststellung ziehen müssen, möchte ich jetzt noch mit wenigen Worten explizit zu machen versuchen.

Europa hat sich dem Glauben hingegeben, es würde sich eigene Grenzen schaffen – aber in Wirklichkeit hat es keine Grenzen, sondern ist vielmehr selber, als solches, eine komplexe Grenze: Als diese Grenze ist es Einheit und Vielfalt zugleich, sowie zugleich fixiert und mobil bzw. ebenso nach außen wie nach innen gerichtet. Um es mit einem besonders deutlichen englischen Wort

zu sagen: Europa ist ein *borderland*, ein Land aus Grenzen. (5) Das bedeutet meiner Meinung nach zweierlei, das von ebenso grundlegender wie paradoxer Bedeutung ist – und dessen Auswirkungen so lange völlig außerhalb unserer Reichweite bleiben, wie wir weiterhin in Begriffen der nationalen Souveränität und der Polizei im alten Sinne denken: Zunächst einmal bedeutet es, dass Europa kein Raum ist, in dem die Grenzen nebeneinander liegen, sondern einer, in dem sie sich überlagern, ohne jemals wirklich miteinander verschmelzen zu können; und dann noch, dass Europa einen Raum bildet, innerhalb dessen sich die Grenzen beständig vervielfältigen und

verlagern, da sie von einem gar nicht realisierbaren Imperativ der Schließung gleichsam von einem Ort zum anderen »gejagt« werden, was dann schließlich dazu führt, dass ihre »Governance« sich einem permanenten Ausnahmezustand annähert.

In Bezug auf den zuerst genannten Punkt möchte ich zunächst an eine Tatsache erinnern, wie man das bisher einfach noch nicht wirklich die erforderlichen Lehren gezogen hat: Selbst wenn wir uns nur an die gegenwärtigen Realitäten halten und alle Spuren der kulturellen und institutionellen Vergangenheit beiseite lassen, so ist doch festzuhalten, dass Europa im Hinblick auf das von ihm umfasste Territorium nicht eindeutig bestimmt ist. (6) Wir neigen vielleicht dazu, zu glauben, dass die äußeren Grenzen der Europäischen Union die »wirklichen« Grenzen Europas bilden – aber das ist einfach nicht wahr. Und diese Grenzen fallen auch weder mit denen des Europarates zusammen (in dem auch Russland, die Türkei und alle Balkanstaaten vertreten sind und der den Zuständigkeitsbereich des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte definiert), noch mit denen der Nato (welche die USA, Norwegen, die Türkei und so weiter mit umfasst und sich die Aufgabe gibt, das europäische Territorium – besonders gegen im Osten gelegene Feinde – zu schützen, sowie zum Teil auch militärische Operationen am Südufer des Mittelmeeres durchzuführen), noch auch mit dem Schengen-Raum (der die Schweiz einschließt, aber nicht das Vereinigte Königreich), noch auch schließlich mit der Eurozone (die immer noch Griechenland mit umfasst, aber weder das Vereinigte Königreich, noch Schweden, noch auch Polen), in der unter der Kontrolle der EZB Einheitswährung und Bankenunion herrschen. (7) Angesichts der jüngsten Entwicklungen wird man, wie ich glaube, einräumen müssen, dass diese unterschiedlichen Abgrenzungen Europas niemals miteinander verschmelzen werden – und dass sich aufgrund dieser Tatsache Europa nicht als ein Territorium definieren lässt – außer eben auf eine reduktionistische und dann tatsächlich widersprüchliche Art und Weise. Aber worin liegt denn nun eigentlich die historische Bedeutung dieser Tatsache?

Wir müssten uns jetzt die Zeit dafür nehmen, einen langen Rückblick vorzunehmen, um zu begreifen, warum die *nationalen Grenzen*, die doch anscheinend so eindeutig sind (und die geradezu das »absolute« Modell der Institution der Grenze verkör-

pern), in Wirklichkeit nur einen Teil dieser Institution ausmachen und auch niemals unabhängig von anderen Grenzziehungen existieren, die es ihnen überhaupt erst möglich machen, sowohl auf der lokalen als auch auf der globalen Ebene als solche zu funktionieren und auf diese Weise nicht allein mehr oder minder souveräne Territorien formell voneinander abzugrenzen, sondern [wirklich] die Strömungen der Weltbevölkerung zu regulieren, indem sie ihnen eine Orientierung gibt (beispielsweise mehrheitlich von den Kolonialländern in Richtung ihrer Kolonien, vom Norden nach dem Süden – oder eben umgekehrt) und zugleich zwischen ihnen unterscheidet. (8) Es muss hier aber genügen, zumindest Folgendes festzuhalten: In der Epoche der Kolonialreiche musste – wie dies die Karten gezeigt haben, die in unseren Schulen hingen – die Grenze eines Landes wie Frankreich immer eine doppelte Grenze sein: Denn sie musste zugleich die »französische Nation« umreißen und die Gesamtheit der französischen »Übersesbesitzungen«. Und da diese doppelte Disposition sich für die anderen Kolonialreiche wiederholte, beschrieben diese Karten implizit die Grundgestalt einer großen Entgegensetzung zwischen Europa und dem Rest der Welt, als die natürlichen Wohnorte der »Europäer« und der »Nicht-Europäer« (die dann oft ganz allgemein noch als »Eingeborene« beschrieben worden sind). Es wäre nun aber völlig unklug, etwa glauben zu wollen, dass derartige Einteilungen inzwischen aufgehört hätten, durch das Bild zu geistern, das wir uns von den Verhältnissen zwischen Innen und Außen machen und wie es immer noch die Arten und Weisen unserer Wahrnehmung beziehungsweise unserer Verwaltungspraxis bestimmt, die wir dann auf diejenigen anwenden, welche als »Ankömmlinge« europäischen Boden betreten. Aber das gegenwärtige System ist offensichtlich noch komplexer und noch stärker fragmentiert als dieses alte, auch wenn es immer noch (wie in jeder Epoche der Weltgeschichte) auf diesem Prinzip einer Verdopplung der Ebenen beruht, die es jeder »lokalen« Grenze ermöglicht, zugleich als eine Projektion der Weltordnung zu fungieren (und demgemäß auch der Weltordnung, welche deren, oft faktisch überwiegende andere Seite bildet). Und alles dies hängt zweifellos insbesondere davon ab, dass die Nationalstaaten (selbst die mächtigen unter ihnen) in dem Verhältnis, in welchem sie zum »Nomos« der Erde

(mit seiner Verteilung der Bevölkerungen) stehen, schon längst nicht mehr die eigentlichen Initiatoren sind, sondern tendenziell mehr und mehr zu bloßen Rezeptoren und bestenfalls noch Regulatoren geworden sind. Eine Grenze ist daher nicht etwa wirklich das, was ein Staat darü-

Eine Grenze ist nicht etwa wirklich das, was ein Staat darüber »entscheidet«, was sie sein soll, nachdem er sich den Kräfteverhältnissen und Aushandlungsprozessen mit anderen Staaten ausgesetzt hat, sondern das, was ein globaler Kontext ihm vorgibt.

ber »entscheidet«, was sie sein soll, nachdem er sich den Kräfteverhältnissen und Aushandlungsprozessen mit anderen Staaten ausgesetzt hat, sondern das, was ein globaler Kontext ihm vorgibt. Heftiges Gestikulieren (wie das von Manuel Valls in Bezug auf Ventimiglia (9), Küstenwachen (wie die des Systems Frontex (10) oder die Stacheldrahtzäune von Viktor Orbán (11) können daran gar nichts ändern. (12)

Kommen wir nun aber auf das traurige Schauspiel zurück, das Europa uns in diesem Moment angesichts der »Herausforderung des Migrationsgeschehens« bietet, und machen wir den Versuch, einmal genauer zu beschreiben, in welchem Sinne sich dabei die Grenzen zugleich vervielfältigen und verlagern. Das betrifft dann den zweiten Punkt. Untersuchen wir zwei dafür geradezu emblematische Fälle.

Zunächst den Fall Frankreichs – zwischen Ventimiglia und Calais: Nach »Süden« hin blockiert es die Bitten oder Forderungen Italiens (neben Griechenland eines der beiden Länder, die in diesem Moment für Europa die MigrantInnen »in Empfang nehmen«) und weist sie arrogant zurück. Dabei beruft man sich ohne jeden Skrupel auf die Regel der Zurückführung ins Land der Erstaufnahme und Spezialkräfte der Polizei »reinigen« dann eben die Strände. Nach »Norden« hin verknüpft man Verhandlungen und Repression, um sich die Last zu erleichtern, die England gleichsam im Unterauftrag an Frankreich vergeben hat, indem es sich einerseits aus dem Schengen-Raum herausgehalten hat, andererseits aber weiterhin (wie lange wohl noch?) Migranten und Migrantinnen dadurch anzieht, dass die englische Gesetzeslage in

Fragen der persönlichen Rechte und des Rechts auf Arbeit immer noch »liberaler« ist als in Kontinentaleuropa. Haben wir es auf diesen beiden Seiten Frankreichs nun mit zwei voneinander ganz unabhängigen Lagen zu tun oder manifestiert sich in ihnen doch ein und dasselbe »Grenz-

jetzt Mauern hochgezogen – nicht etwa in der Hoffnung, dadurch etwa den Fluchtstrom aufhalten zu können, wie ihm im Wesentlichen in Griechenland gelandete bzw. dann nach Makedonien vorgedrungene Geflüchtete bilden, sondern bloß in der Absicht, ihn dadurch auf andere Übergangsstellen umzulenken. Und Deutschland als der Zielpunkt dieses Exodus leistet hier die hauptsächlich humanitäre Anstrengung (nicht ohne heftige innere Auseinandersetzungen und gleichsam im Feuer-schein eines mörderischen Rassismus), während es zugleich ein politisch-juristisches Argumentationsmuster entfaltet, in dem es eine Unterscheidung zwischen »Asylbewerbern« und »Wirtschaftsmigranten« etabliert, und vor allem – denn alle arbeitsfähigen Einwanderer sind in Deutschland keineswegs unwillkommen – für eine Revision der Liste der »sicheren Herkunftsländern« eintritt, deren Angehörige sich dann nicht mehr darauf berufen können, in unmittelbarer »Todesgefahr« zu stehen.

Wenn man diese beiden Fälle zusammen sieht, dann ergibt sich aus diesen Lagebeschreibungen ein ziemlich klares, wenn auch keineswegs

Anzeige



übliches Bild: Auf der einen Seite sieht man die formelle Zugehörigkeit zur Europäischen Union zu einem sekundären Kriterium herabgestuft. Alle Balkan-Staaten liegen in Europa, was aufgrund von Geographie und Geschichte völlig eindeutig ist. Deswegen ist beispielsweise festzuhalten, dass die ungarische »Mauer« einen Schnitt durch Europa legt und damit geradezu genau den Typus von Segregation reproduziert, den sie doch angeblich hatte vermeiden sollen (wie dies der Sprecher der Europäischen Kommission dann auch zumindest halblaut hat verlauten lassen). Auf der anderen Seite werden einige europäische Länder von anderen europäischen Ländern tendenziell so behandelt, als ob sie eben keine europäischen Länder wären oder eben zu bloßen »Pufferzonen« gehörten. Aber derartige Zuweisungen finden nun nicht etwa auf eine absolute Art und Weise statt, sondern sie funktionieren bloß relativ, entsprechend einem von Norden nach Süden abfallenden »Druckgefälle«, mit dem vergleichbar, was die Meteorologen darunter verstehen – nur dass dieser Begriff hier eine politische, soziologische, ideologische und sogar anthropologische Bedeutung erhält. Der »Süden«, also jenes andere Europa, das nicht ganz europäisch ist, sondern selbst noch mit einem Fuß in der Dritten Welt steht (oder ihr als Eingangspforte dient) – das ist für Frankreich eben Italien, aber für England ist es dann Frankreich; für Deutschland ist es Ungarn und alles das, was noch hinter Ungarn liegt, während es für Ungarn dann Serbien, Makedonien, Griechenland und die Türkei sind …

Das wirft dann die einfache Frage auf, wer wen festnehmen kann bzw. wer für den anderen die Funktion des Grenzwächters übernimmt. Worauf dann die Antwort ebenso einfach ist: Es ist der jeweils andere Staat, der weiter im Süden (oder auch im Südosten) liegt. (13) Wie dies ein englischer Urlauber, den der *Guardian* zitiert, ganz grob zum Ausdruck gebracht hat, wäre es einfach nötig sicherzustellen, dass alle Zugangswege (wie etwa der Eurotunnel) nur noch als »Einbahnstraßen« funktionieren – jedenfalls für gewisse Kategorien von Reisenden, also für gewisse Menschen. Damit gelangen wir zu einer doppelten Schlussfolgerung, die sich geradezu zwingend ergibt: Auf der Ebene der tatsächlichen Verhältnisse verläuft die »Außengrenze« Europas auch überall in seinem eigenen Inneren und zerschneidet es dadurch in sich überlagernde Abschnitte; aber aufgrund eben dieser

Tatsache ist dann Europa als solches – so sehr es auch selbst zum »Norden« gehören mag – nichts weiter als eine jener Zonen, in denen in der Welt von heute der Streit um die große und zugleich unmögliche Abgrenzung von »Norden« und »Süden« ausgetragen wird. In Wahrheit ist diese Abgrenzung nämlich nicht mehr örtlich zu fixieren. Wenn man dazu dann noch die ökonomischen Abgrenzungslinien hinzunimmt (die gelegentlich sogar als »kulturelle« Abgrenzungen wahrgenommen werden), wie sie sich zwischen dem Norden und dem Süden des europäischen Kontinents, auch innerhalb der EU – aufgrund der Auswirkun-

Daraus ergeben sich dann sehr radikale Konsequenzen für die Art und Weise, wie wir die Frage der Menschenrechte und der politischen Rechte in dieser Epoche neu aufwerfen müssen, in welche wir gegenwärtig einzutreten im Begriff sind.

gen des ökonomischen Liberalismus und aufgrund der Beziehungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern – immer weiter vertiefen, dann begreift man sofort, warum einige Mitgliedstaaten versucht sind, wiederum andere geradezu als Glieder Europas zu »amputieren«, um sich dadurch vor dem zu schützen, was diese Länder repräsentieren oder auch mit sich bringen. (14) Allerdings bleiben derartige Ansätze völlig ohne Sinn, jedenfalls in »pragmatischer Hinsicht«: Denn wo sollte wohl eine solche Supergrenze verlaufen? Und wie könnte man sie überhaupt juristisch definieren?

Ich könnte hier nun innehalten und nur noch den Versuch machen, zu einigen moralischen politischen Schlussfolgerungen zu kommen, garniert von düsteren Vorhersagen für heute und für morgen. Ich bin aber überzeugt, dass es nötig ist, hier noch einen weiteren Schritt zu machen – auch auf die Gefahr hin, sich dem Anschein nach in Spekulationen zu verlieren. Alles das, was wir hier aus einer europäischen Perspektive beschreiben haben, gehört doch, wie wir wohl wissen, in den sehr viel größeren Zusammenhang der Umkehrung des Gangs der Geschichte, wie sie in den letzten Jahrhunderten verlaufen ist (Europa ist nicht mehr die »Hauptstadt der Welt«; es hat sich vielmehr – wie von Dipesh Chakrabarty 2012 klassisch formuliert –

selbst »provinzialisiert«), sowie in den einer ökonomischen und technologischen Mutation, welche geradezu das Verhältnis verändert hat, in welchem die Menschheit zu sich selbst steht, und welche dadurch zu einer erschreckenden Ungleichheit geführt hat: Auf der einen Seite stehen dabei diejenigen, die von nun an praktisch im Flugzeug, in den Flughäfen, in den Shopping-Centers sowie den daran angeschlossenen Konferenzsälen »leben«, und auf der anderen Seite alle diejenigen, welche zu Fuß oder auf Lastwagen unterwegs sind, auf den Straßen des Exils, mit einem Kind im Arm und einem Rucksack auf dem Rücken, der ihren

kehren, das bisher immer noch von Schemata und von Normen bestimmt ist, wie sie historisch von den Jahrhunderten der nationalen Souveränität geprägt worden ist, in denen sich der Staat die Bevölkerungen untergeordnet hat, indem es sie als solche rechtlich abgeschlossenen Territorien zuordnete. Was dann vor allem bedeutete hat, dass Staaten, die mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte auf eine ausschließende Art und Weise vergeben haben, um dadurch die Freiheit des Verkehrs von Personen und Waren zu begrenzen und unter ihre Kontrolle zu bringen, die doch in gewisser Weise das »allererste« Freiheitsrecht bildet. Aber sie konnten das dann immer weniger ohne Ausnahmen und ohne entsprechende Überprüfungen durchsetzen: Die Staatenwelt ist nicht mehr so, wie sie einst der Westfälische Frieden geschaffen hatte. Daraus ergeben sich dann sehr radikale Konsequenzen für die Art und Weise, wie wir die Frage der Menschenrechte und der politischen Rechte in dieser Epoche neu aufwerfen müssen, in welche wir gegenwärtig einzutreten im Begriff sind – zwar auf eine chaotische, aber doch irreversible Weise (Mezzadra/Neilson 2013 u. Rico 2006).

Ich werde diese spekulativen Überlegungen hier nicht bis zum Ende verfolgen, auch wenn sie immerhin den Horizont beschreiben, in dem sich das neue Regime von Strömungen und Territorien abzeichnet, auf das ich gerade hingewiesen habe. Denn ich möchte mich einfach nur an die Frage halten, die sich hier ganz unmittelbar und dringlich stellt: Wie kann man denn überhaupt noch diesen permanenten Ausnahmezustand auf eine wirksame und zivile (um nicht sogar zu sagen »zivilisierte«) Art und Weise »regieren«, in dem die Grenzen, wie wir sie aus unserer Vergangenheit ererbt oder selber zusätzlich geschaffen haben, sich geradezu unaufhörlich weiter »befestigen« und militarisieren – bis hin zu dem Punkt, an welchem sie dann schließlich einbrechen? Hier müssen wir noch einmal festhalten, worum es ganz praktisch geht: Es geht hier um Menschen, die »zu viel« sind, und um ihr unaufhebbares »Recht, überhaupt Rechte zu haben« – nicht auf Kosten derjenigen, welche bereits Rechte haben, sondern neben ihnen und in ihrer Mitte. Niemand wird behaupten, dass diese Art von »Governance« einfach ist; was aber ganz sicher ist, ist doch, dass sie sich auf keine längst veralteten Diskriminierungsbegriffe (wie »Migrant«, oder

»Flüchtling«) stützen kann und andererseits auch nicht auf geradezu mörderische Begriffsverschmelzungen (wie etwa die von »Geflüchteten« und »Terroristen«), aus denen sich dann geradezu rassistische Phantasmen nähren – welche dazu aufhetzen, dann auch dementsprechend zur Tat zu schreiten, und damit die Politiken der Überwachung durcheinanderbringen, welche die Staaten praktizieren, um ihre Bürger und Bürgerinnen wirksam zu schützen. (15) Ebenso wenig kann man diese »Governance« erfolgreich betreiben, indem man die Ressentiments der »armen Eingesessenen« (die immer noch die geradezu unermessliche Mehrheit bilden) gerade dadurch gegen die »armen Nomaden« aufhetzt (die sehr viel weniger zahlreich sind, aber deutlicher sichtbar, und die vor allem zahlreicher werden), dass man den sozialen Status der Ersteren herabsetzt und sie in die Prekarisierung, sowie in eine zwangsweise Verdrängung in deindustrialisierte Zonen treibt, die dann zu kulturellen und ökonomischen Gettos werden. Wenn man denn überhaupt will, dass der Sinn für Gastfreundschaft sich bei den eingeessenen Angehörigen der »Nation« gegenüber der Xenophobie durchsetzt, wie sie dann schließlich auch die offizielle Politik in Gefangenschaft nimmt (sofern diese die Xenophobie nicht von vornherein absichtlich provoziert) und ihr dann letztlich keine andere »Wahl« mehr lässt, als der Xenophobie geeignete »Sündenböcke« (Sinti/Roma und Immigranten und Immigrantinnen) zum Opfer anzubieten, dann muss man sich dem Problem der sozialen Bruchlinien ebenso stellen wie dem des postkolonialen Ressentiments. Man wird der folgenden Alternative einfach nicht ausweichen können: Entweder gibt es soziale Sicherheit für alle oder aber es kommt zu einer galoppierenden »Identitätsunsicherheit« (16), welche dann mit einem entsprechenden Aufschwung des Nationalismus Hand in Hand geht – was dann letztlich ebenso zum Zusammenbruch des Systems kollektiver sozialer Sicherheit in Europa führt, welches doch seit einem halben Jahrhundert nach den Formen seiner Gestaltung sucht, wie es zugleich bewirken wird, dass sich der »Europa-Gedanke« als solcher erlöggt.

Die Ironie dieser [gegenwärtigen] Lage besteht nun aber darin, dass zumindest ein Teil der Lösung für diese Probleme sich durchaus in unserer Reichweite befindet: nämlich in Gestalt eines Minimums, welches sich

aus zwei Elementen ergeben würde:

1) aus einer offiziellen Erklärung eines »humanitären Notstandes« durch die Europäische Kommission für die Gesamtheit des »Territoriums«, für das sie zuständig ist;
2) aus einer verbindlichen Verpflichtungserklärung der Mitgliedsstaaten der EU, die Geflüchteten mit Würde und Billigkeit zu behandeln – und zwar nach Maßgabe ihrer objektiv berechenbaren Möglichkeiten.

Die Konsequenzen dieses Minimums wären allerdings potentiell wahrhaft beträchtlich: Sie lägen in einer Aufwertung der Machtvollkommenheiten der Europäischen Gemeinschaft, in der Festlegung von verbindlichen humanitären Normen mit der gleichen Geltungskraft wie die Normen des Haushalts- und Handelsrechts, in einer Freisetzung von Ressourcen für eine Politik der Unterstützung und der Integration (deren Umsetzung man dann demokratisch kontrollieren müsste), sowie in abgestimmten Bildungsprogrammen gegen den Rassismus …

Und es ginge um eine Wiederbelebung des Projekts der europäischen Einheit – ganz im Gegensatz zu den gegenwärtig vorherrschenden Tendenzen. Ist das überhaupt denkbar? Vielleicht doch – wenn unter uns überhaupt noch eine gemeinsame Vernunft existiert.

Der »dschungel« gehört zur Wochenzeitung Jungle World.

Herausgegeben von Doris Akrap, Klaus Behnken, Bernd Beier, Ivo Bozic, Jesse-Björn Buckler, Tilman Clauß, Katja Diefenbach, Andreas Dietl, Irene Eidinger, Holm Friebe, Andreas Hartmann, Holger Hegmanns, Holger Hinterseher, Julia Hoffmann, Stefanie Kron, Anton Landgraf, Federica Matteoni, Ferdinand Muggenthaler, Christine Pfeifer, Georg Ramsperger, Tobias Rapp, Joachim Rohloff, Stefan Rudnick, Eva Schmid, Heiko von Schrenk, Jörn Schulz, Tim Seidel, Maik Söhler, Regina Stötzel, Markus Ströhlein, Isabel Teusch, Nicole Tomasek, Udo Tremmel, Wolf-Dieter Vogel, Elke Wittich, Deniz Yücel und anderen.

Redaktion CvdD Bernd Beier (Vi.S.d.P.) (030) 747 86 26 50 **Feuilleton** Heike Runge (verantw.), Oliver Koch (030) 747 86 26 65 **Sport** Elke Wittich (030) 747 86 26 50 **Layout** Sarah Feulner, Georg Ramsperger, Eva Schmid (030) 747 86 26 75

Homepage http://jungle-world.com **E-Mail** [ressortname]@jungle-world.com Jungle World erscheint in der Jungle World Verlags GmbH. Postfach 613110, 10942 Berlin Hausanschrift: Gneisenaustr. 33, 10 961 Berlin **Geschäftsführung** Irene Eidinger, Christine Pfeifer, Stefan Rudnick (030) 747 86 26 45 **Anzeigen** Irene Eidinger, Christine Pfeifer (030) 747 86 26 45 **Druck** A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG

(Agier 2013 u. 2015).

(5) Vgl. meinen *Essay »Europe as Borderland«* (Balibar 2009).

(6) *Diese Bestimmtheit dürfte im offiziellen deutschen Sprachgebrauch etwas eindeutiger sein, als Balibar dies für Frankreich beschreibt. Dennoch lassen sich auch in der deutschen Alltagssprache durchaus vergleichbare Schwankungen ausmachen.*

(7) *Aus einer fast schon vergessenen Vergangenheit, die in der OSZE – http://www.osce.org/~fortwlrk, wären hier noch der Raum des »Helsinki-Prozesses« (KSZE) und Gorbatschows darauf beruhende Angebote einer friedlichen Neuordnung des »Gemeinsamen Hauses Europas« nachzutragen – vgl. http://universal_lexikon.deacademic.com/224944/Das_gemeinsame_Haus_Europa*

(8) *Ich habe mich dieser Frage seit dem Essay »Was ist eine Grenze?« (Balibar 1996b) in einer ganzen Reihe von Aufsätzen gewidmet. In einer unermesslichen Literatur sind besonders zu beachten: Galli 2001, Brown 2010, Amilhat-Szary 2015.*

(9) *Italienische Grenzstation vor Nizza, welche die französische Regierung zeitweise demonstrativ blockiert hat.*

(10) Vgl. http://frontex.europa.eu

(11) Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Ungarischer_Grenzzaun

(12) *Weitere Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit ließen sich hier ergänzend hinzufügen, vgl. etwa http://www.tagesschau.de/ausland/westbalkan-konferenz-107.html*

(13) *In einem Kommentar (Fischer 2015) hat der »grüne« Ex-Minister Joschka Fischer zu Recht darauf hingewiesen, dass der Strom der Flüchtenden durchaus auch von Osten kommen könnte, wenn etwa der »Ukraine-Krieg« sich weiter verschärft und ausweitet.*

(14) *Daraus begründet sich dann die Versuchung, auf europäische Verhältnisse ganz*

direkt »postkoloniale« Lektüremuster anzuwenden: als einen der interessantesten Versuche dieser Richtung s. den von Ranabir Samaddar (Samaddar 2015).

(15) *Präsident Hollande hat im April 2015 in Bezug auf die Schiffe, welche von Libyen nach Italien übersetzten, erklärt: »Das sind Terroristen«. Es war nicht klar zu verstehen, ob er damit die Schleuser oder ihre Passagiere gemeint hat. – Zusatz im Oktober 2015: Die Uno hat soeben die EU dazu ermächtigt, alle Boote, welche Migranten und Migrantinnen über das Mittelmeer übersetzen, mit Gewalt anzuhalten. Zu den Auswirkungen, welche man sich davon erwarten kann, vgl. Rodier 2015.*

(16) *Bekanntlich ist hierzu der Begriff der »Identitäts-Unsicherheit« beziehungsweise der »kulturellen Unsicherheit« von einigen Essayisten und Soziologen in Umlauf gebracht worden (Bouvet 2014).*



Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Etienne Balibar: Europa: Krise und Ende? Aus dem Französischen von Frieder Otto Wolf. Westfälisches Dampfboot, Münster 2016, 250 Seiten, 24,90 Euro. Das Buch erscheint im Mai.

Der Text wurde redaktionell leicht bearbeitet.

Der Text ist in der Zeitschrift »Vacarme« im Herbst 2015 erschienen. Eine englische Übersetzung ist auf [opendemocracy-online](http://opendemocracy-online.org) erschienen: www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/etienne-balibar/borderland-europe-and-challenge-of-migration